



Kohl, Gastgeber Bush, Quayle*: Nachrichtendienstliche Erkenntnisse durch den CIA-Chef

„Von vornherein für C-Waffen bestimmt“

Ließ Außenminister Genscher den Kanzler in der Libyen-Affäre bewußt auflaufen, als er ihn von einem Brief seines US-Kollegen Shultz nicht informierte? Oder hatte Bundes-

kanzler Kohl nicht aufgepaßt, als ein Beamter ihm vorher ein Geheimdienst-Dossier über Rabita zusammenstellte? Richtig ist: Kanzler und Vizekanzler haben versagt.

Im vertraulichen Koalitionsgespräch am Dienstag vergangener Woche meldete sich Staatssekretär Waldemar Schreckenberger zu Wort. Der Regierungsbericht über das Giftgasgeschäft deutscher Firmen mit Libyen, gab Helmut Kohls Schulfreund, Koordinator der Geheimdienste, zu bedenken, stoße bei den Nachrichtendiensten auf erhebliche Vorbehalte.

Man müsse wissen, was man tue, wenn man sämtliche Aktivitäten in dem sensiblen Geschäft der Dienste auf dem offenen Markt ausbreite, resümierte des Kanzlers Staatssekretär: „So etwas kann man nicht wiederholen.“

Stimmt. Schlimmer nämlich konnte Helmut Kohls christliberale Koalition das Elend ihrer Regierungskunst nicht transparent machen, deutlicher konnte sie nicht aller Welt vorführen, wie dilettantisch ihr Krisenmanagement ist und wie unprofessionell der Regierungsapparat herumwerkelt. Der 63 Seiten starke Bericht für den Bundestag ist ein

Katalog von Pannen und Peinlichkeiten. Die Skandal-Chronik, zusammengestellt von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble, belegt, daß Kohl und sein Vize Hans-Dietrich Genscher wochenlang die Öffentlichkeit hinters Licht geführt haben – scheinheilig, wie man jetzt weiß. Am vergangenen Freitag saß ein blamierter Helmut Kohl im Parlament – und sagte kein einziges Wort.

Das Gespann Kohl/Genscher, ohnehin in den USA und in Großbritannien der Wankelmütigkeit geziehen, sieht auch in der übrigen Welt schlecht aus. Die Exportnation Nummer eins, dieser Eindruck bleibt, will selbst beim miesesten Geschäft noch Kasse machen – ob es um U-Boot-Blaupausen für Südafrikas Rassistenregime, „Tornado“-Jagdbomber an Israels Nachbarn Jordanien, Atomanlagen für Pakistan (siehe Seite 62) oder ein Giftgaswerk für den libyschen Exzentriker Muammar el-Gaddafi geht.

Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher – Vorsteher einer Geldsackrepublik von (so die „New York Times“) „Todeskrämern“?

Der Schäuble-Report beweist, daß Bonn erste Hinweise auf Gaddafis Kampfstoffprojekt schon vor acht Jahren hatte.

Im Bonner Kompetenzwirrwarr aber blieben die Warnungen der Späher aus Pullach unbeachtet. Kein Wunder also, daß die Amerikaner den Bonnern ein augenzwinkerndes Einverständnis mit den Drahtziehern unterstellen.

Immerhin vier Jahre lang, von 1980 bis 1984, blieben die Bonner untätig. Erst nach sieben Meldungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) über libysche Chemiewaffen-Pläne wurden bescheidene Aktivitäten entfaltet: Das Wirtschaftsministerium erteilte am 15. November 1984 Weisung, Firmenanträge auf die Lieferung von Chemieanlagen in Gaddafis Wüstenreich seien fortan in Bonn „zur Entscheidung vorzulegen“.

Herzlich wenig geschah, als der Bonner Botschafter aus Moskau am 5. Juli 1985 berichtete, die Firma Imhausen in Lahr habe einen Vertrag zur Lieferung eines pharmazeutischen Projekts abge-

* Am 15. November 1988 in Washington mit dem designierten US-Präsidenten und dessen Vize.

schlossen, ein deutscher Staatskonzern sei ebenfalls beteiligt. Sonderwünsche des Auftraggebers ließen auf Giftgasproduktion schließen. Als Bestimmungsort sei Libyen erwähnt worden.

Das Auswärtige Amt ließ im Wirtschaftsministerium und beim BND recherchieren. Ergebnis: Imhausen könne zwar Anlagen zur Kampfstoffherstellung liefern, habe aber keine Ausfuhr genehmigungen beantragt. Auf die Idee, bei dem Chemieunternehmen vor Ort Auskünfte einzuholen oder gar nach dem „Staatskonzern“ zu fahnden, kam offensichtlich niemand.

Nach weiteren BND-Dossiers und einer Warnung der Amerikaner lud das Kanzleramt im November 1986 immerhin die Beamten verschiedener Ministerien zu einem Gespräch. Ergebnis: Das Wirtschaftsressort teilte dem Verband der Chemischen Industrie mit, für Bonn sei es „absolut indiskutabel, wenn sich deutsche Unternehmen an der Lieferung von Produkten, Anlagen oder Know-how zur Herstellung von C-Waffen direkt oder indirekt beteiligen“.

Das war's dann aber auch, und selbst das geriet schnell in Vergessenheit. Die Vermerke aus Pullach, die Telegramme

der Botschaft aus Tripolis und die inoffiziellen Mahnschreiben der Bonner US-Mission „fanden nicht die Beachtung, die sie aus heutiger Sicht verdient hätten“, räumt ein Kanzlerberater jetzt ein. Die Papiere verschwanden in den Registraturen. Nicht einmal als Ronald Reagan die Unterkunft seines Erzfeindes Gaddafi im April 1986 bombardieren ließ, begriffen Kohl & Co. die politische Dimension des Chemiedeals.

Wie unglaublich die Behauptung war, der Kanzler habe über die Libyen-Connection deutscher Geschäftemacher erst bei seinem Amerika-Besuch am 15.

„Gegebenenfalls müssen wir nachreichen“

Wie die Bonner Regierung im Libyen-Skandal mit der Wahrheit umgeht

Der erste Verdacht kam am 5. Juli 1985: Die Deutsche Botschaft in Moskau meldete, so Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble vergangene Woche, „ein deutscher Staatskonzern“ sei vermutlich am Bau einer Giftgasfabrik in Libyen beteiligt.

Gut drei Jahre später, am 18. November 1988, wurde die Spur konkreter; aber erst am 12. Januar 1989 wollen deutsche Behörden es genau gewußt haben: Die bundeseigene Salzgitter AG lieferte über eine Tochterfirma Baupläne für Gaddafis Chemieprojekt in Rabita.

All dies hatte der Kanzleramtsminister nicht gesagt, als er am 18. Januar dem Bundestag über die Verstrickung deutscher Firmen in das Chemiewaffenprojekt berichtete. Als Schäuble in der vorigen Woche auf Wunsch des Bundestages eine zweite „lückenlose“ Libyen-Chronik vorzulegen hatte, mußte er seine frühere Darstellung gleich mehrfach korrigieren:

Die ersten Hinweise, daß die Libyer „mit Hilfe nicht genannter ost- und westdeutscher Fachleute“ eine Kampfstoffanlage entwickeln wollen, hatte der Bundesnachrichtendienst bereits am 22. April 1980 und nicht erst – wie bisher dargestellt – im August 1987 geliefert.

Und die Imhausen-Chemie GmbH war den deutschen Behörden schon als verdächtig gemeldet worden, bevor die US-Botschaft in Bonn dem Auswärtigen Amt am 18. Mai 1988 einen entsprechenden Hinweis gab. Schon am 5. Juli 1985, so Schäuble jetzt, hatte die Deutsche Botschaft in Moskau berichtet, daß die Firma des Dr. Hippenstiel-Imhausen vermutlich an Libyen ein Pharmaprojekt liefern wolle, dessen Auslegung „auf Produktion von Giftgas schließen lasse“.

Knapp vier Monate vor den USA meldete auch die Deutsche Botschaft



Kanzleramtsminister Schäuble: „Lückenlose Chronik“

in Libyen, daß Gaddafi in Rabita eine Giftgasfabrik unterhalte – „wahrscheinlich bereits funktionsfähig“.

Als Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher im November 1988 bei ihrem Washington-Besuch von US-Außenminister Shultz wegen der deutschen Libyen-Verstrickung attackiert wurden, konnte das nicht gar so unerwartet sein, wie sie später behaupteten.

Die Deutsche Botschaft in Washington hatte am 10. November gewarnt, daß die Amerikaner das Thema Libyen zur Sprache bringen würden. Und vier Tage vor dem Washingtoner Gespräch ging im Auswärtigen Amt der Brief von Shultz an Genscher ein, der inzwischen den deutschen Außenminister und seinen Kanzler entzweit.

Auch der zweite Schäuble-Bericht läßt noch Fragen offen. Klar ist immerhin, daß Bundeskanzler Kohl seit dem 20. Oktober 1988 ein detaillierter Bericht über die deutsche Libyen-Connection vorlag. Aber warum hat der Kanzler sich im Januar in Washington über eine „Kampagne amerikanischer Medien“ beschwert, obwohl er durch den eigenen Nachrichtendienst wußte, daß die US-Vorwürfe im Kern stimmten?

Ganz sicher, daß er mit seinem zweiten Libyen-Bericht das Bonner Informationswirrwarr beendet hat, ist offenbar auch Schäuble nicht. „Es mag sein, daß noch zusätzliche Informationen kommen“, räumte der Kanzleramtsminister am vergangenen Mittwoch ein, „diese müssen wir dann gegebenenfalls nachreichen.“

November 1988 erfahren, offenbar der Bericht gleich an mehreren Stellen.

So legte der für die Geheimdienste zuständige Kanzleramts-Abteilungsleiter Hermann Jung am 20. Oktober 1988 eine für den Kanzler bestimmte Zusammenfassung der „nachrichtendienstlichen Erkenntnisse“ über Gaddafis Giftküche vor. Ob Kohl das Jung-Dossier je gelesen hat, geht aus Schäubles Report nicht hervor.

So überrascht also können Kohl und sein Genscher eigentlich nicht gewesen sein, als sie im November im Hotel Watergate von US-Außenminister George Shultz und CIA-Chef William Webster mit Satelliten-Photos der Chemieanlage in Rabita konfrontiert wurden.

Oder hatte Kohl auch die Depesche der Botschaft in Washington vom 10. November nicht gelesen, die in seiner Vorbereitungsmappe steckte? Sonst hätte er gewußt, daß US-Sicherheitsberater Colin Powell Bonn's Botschafter Jürgen Ruhfus das Geheimdienst-Briefing für Kohl angekündigt hatte.

Der Außenminister, der in einem anderen Flugzeug nach Washington flog, hatte sogar noch eine zusätzliche Warnung erhalten: einen Brief seines amerikanischen Kollegen.

Unbegreiflich bleibt, daß der Vize dem Kanzler vor den Gesprächen in Washington von diesem Brief keine Kenntnis gab, den ein Bote der US-Botschaft am Abend des 11. November – da war Presseball in der Bonner Beethovenhalle – im Auswärtigen Amt abgegeben hatte.

In dem Sendschreiben teilte Shultz dem Kollegen mit, er werde während des Kanzlerbesuchs die Libyen-Aktivitäten deutscher Firmen ansprechen und ein „intelligence briefing“ geben.

Der Brief befand sich in einer der drei schwarzen Aktentaschen mit AA-Papieren, die dem Vizekanzler am 12. November in sein Haus im Bonner Vorort Pech gebracht wurden. Der Außenminister, auch am Wochenende mit Terminen eingedeckt, kann sich heute angeblich nicht mehr erinnern, ob er den Shultz-Brief gelesen hat. Genschers Persönlicher Referent stellte am Montag morgen – Genscher war nach London geflogen – verblüfft fest, daß auf dem Shultz-Brief die übliche grüne Paraphe seines Dienstherrn mit Datumsangabe fehlte.

Doch niemand hielt es für nötig, sicherheitshalber beim Minister rückzufragen, geschweige denn das Kanzleramt zu informieren. Der Brief aus Washington blieb, höchst ungewöhnlich, zur Wiedervorlage „nach Rückkehr“ liegen.



The Guardian

Das nun ist mehr als merkwürdig bei einem Minister, der sich sonst jede Viertelstunde die Meldungen der Nachrichtenagenturen ins Amtszimmer bringen läßt. Als der Vorgang letzte Woche ruckbar wurde, kam aus der Union prompt der Vorwurf, Genscher habe Kohl wohl bewußt nicht unterrichtet.

Die konservative „Welt“ machte im Kanzleramt gar Stimmen aus, die Vergleiche zur Affäre um den Kanzleramtsspion Günter Guillaume zogen, als der wohlinformierte Innenminister Genscher 1973 den SPD-Kanzler Willy Brandt habe „ins Ungewisse laufen lassen“.

Genschers Büroleiter Klaus Kinkel, heute Staatssekretär im Justizministerium, hatte seinen Dienstherrn damals mit einem auf wundersame Weise aufgetauchten Vermerk von dem Vorwurf entlastet, Erkenntnisse der Dienste über den Spion Guillaume nicht rechtzeitig weitergeleitet zu haben.

Diesmal gibt es keinen Kinkel-Vermerk, wohl aber den Beschwichtigungsversuch des Auswärtigen Amtes, Kohl habe den Shultz-Brief nicht kennen müssen. Das Schreiben habe keine weiterreichenden Informationen als die Botschafter-Depesche enthalten.

Das ist formal richtig. Aber der aus dem Kanzleramt gesteuerte Versuch, nun endlich im nachhinein einen Sündenbock für Kohls Blamage zu finden, zeigt, wie gereizt der Ton im Lager der Koalition geworden ist.

Oder sollte die verdeckte Attacke auf den ungeliebten FDP-Außenminister nur ein Entlastungsangriff sein, um nochmals eine späte Rechtfertigung für Kohls überzogene Empörung zu bieten?

Von „Stimmungsmache“ hatte der Kanzler gesprochen, als die „New York

Times“ am Neujahrstag, gespickt von verärgerten US-Offiziellen, die deutsche Libyen-Connection publik gemacht hatte. „Unerträglich“ fand er es, die Deutschen auf der Anklagebank zu sehen. Dabei hatten doch – der Schäuble-Bericht zeigt es – die Bonner jahrelang geschlafen und die Chance zur Beschaffung solcher Beweise nicht genutzt, statt dessen stets die Behauptung zu verifizieren gesucht, in Rabita stehe nur eine harmlose Pharmafabrik.

Jetzt heißt es in Schäubles Pannen-Report bündig: „Nach gegenwärtiger Beurteilung der Bundesregierung ist die Anlage in Rabita zur Herstellung von C-Waffen nicht nur geeignet, sondern von vornherein bestimmt gewesen.“

Nur einer bezweifelte dies am Freitag im Bundestag: der Grünen-Abgeordnete Alfred Mechttersheimer, Ex-Oberstleutnant der Bundeswehr.

Er war über die Karnevalstage vor Ort und brachte aus dem Gaddafi-Staat kiloweise Konstruktionsunterlagen mit, die die Harmlosigkeit der Chemiekliksche belegen sollen. Im März darf Mechttersheimer mit Fachleuten seiner Wahl zu einer weiteren Inspektion fahren. Dann wollen die Libyer beweisen, daß in Rabita kein Kampfstoff produziert wird; daß dies derzeit geschieht, behauptet nicht einmal der US-Geheimdienst.

„Wenn es in Libyen eine Chemiewaffenanlage gibt“, so Mechttersheimer, „dann steht sie woanders.“

Andere Erklärung: Vor Mechttersheimers Visite in der Fabrik, die nach einem mißglückten Probelauf stillliegt, ließ Gaddafi kompromittierendes Material beiseite schaffen.

Dann hätte der Grüne in Rabita ein Potemkinsches Dorf gesehen. ♦